Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Flüchtlingspolitik
2. Merkel: “Deutschland wird Deutschland bleiben”
3. Anteil der unbefristet Beschäftigten nimmt ab
4. Die Spaltung der Lohnabhängigen durch die Zurückdrängung der Kollektivverträge
5. CETA und TTIP an Rhein und Ruhr
6. Steuernachforderungen an Apple: Pyrrhus-Sieg für Europa
7. G-20-Gipfel in China Schäubles globaler Finanzsteuer droht ein jähes Ende
8. Geldhaus in der Krise: Deutsche-Bank-Chef Cryan ruft um Hilfe
9. Perfides Konzept: Kombiniert Abschaffung des Bargelds mit Verlustbeteilung durch alle Konteninhaber
10. Dobrindts »Konzernsprech« schon entlarvt
11. Frames: Das Versäumnis der Progressiven
12. In der Austeritätsfalle
13. Kinderarmut in Berlin: Und warum tut keiner was?
14. Der AfD Paroli bieten!
15. Zu guter Letzt: Bundesregierung: “Es hat nie massenhafte Überwachung gegeben!”

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Flüchtlingspolitik**
    a. **Flüchtlinge und Immigranten – Beginnt das Drama erneut?**
    Die Flüchtlingszahlen steigen erneut an, die Unterbringungskapazitäten sind bald erschöpft, kritisiert werden teils unhygienische Bedingungen
    Die Flüchtlingsankünfte in Griechenland steigen erneut an. Teile der griechischen Presse bemerken bereits, dass auf Lesbos weniger Einwohner als Flüchtlinge leben. Schließlich kamen am Montag, einen Tag, nachdem der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu bei einem privaten Besuch auf Kreta bemerkte, dass die Visafreiheit für Türken eine Voraussetzung für die Einhaltung des Flüchtlingspakts ist, 462 Flüchtlinge und Immigranten auf den griechischen Inseln an.

In Athen gehen Beobachter davon aus, dass die Zahlen zum Ende des Septembers, kurz bevor die EU im Oktober über die Visa-Freiheit entscheiden will, noch einmal ansteigen werden. Auf den Inseln befinden sich 12.120 Flüchtlinge, die Kapazität der Lager liegt bei 7.450. In Nordgriechenland leben in den Lagern 16.967 Flüchtlinge, die Kapazität liegt hier bei 28.201 Personen. In Zentralgriechenland sind es 2.406 Flüchtlinge bei einer Kapazität von 4760. In Attika 8.825 Flüchtlinge (Kapazität: 10.866), in Südgriechenland 245 (Kapazität: 300), in den Unterkünften des UNHCR 7.786 (Kapazität: 10370).
Die Gesamtkapazität der organisierten Lager reicht für die Unterbringung von 61.947 Flüchtlingen. In nichtorganisierten Lagern wie der Ankunftshalle in Piräus oder Sportstadien halten sich gegenwärtig 2.611 Flüchtlinge auf. Außerhalb von Lagern leben 8.200 Flüchtlinge wie die griechische Regierung schätzt. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge beträgt 59.160. Im August sind freiwillig 40 Flüchtlinge zurückgekehrt, im laufenden Jahr waren es 3.647.
Quelle: Telepolis

b. **Neue Anerkennungspraxis verwehrt Flüchtlingsschutz und wird Gerichte überlasten**
Vor einem Jahr fiel der berühmte Merkel-Satz »Wir schaffen das«. Der solidarischen Flüchtlingsaufnahme im Herbst folgte jedoch eine Kehrtwende mit Asylrechtsverschärfungen und neuer Anerkennungspraxis: Die Schutzquoten sinken drastisch, der Flüchtlingsschutz wird zusehends verweigert.
Am 31.08.2015 formulierte die Bundeskanzlerin den Satz »Wir schaffen das« als Maßstab politischen Handelns. Der großartigen Bereitschaft, Flüchtlinge zu schützen, folgte ein langanhaltender Winter der Restriktionen. Auch das Folgejahr 2016 war von einer nicht enden wollenden Folge von gesetzlichen Einschränkungen des Asylrechts gezeichnet: Zwei Asylpakete, die das Asylrecht ausgehöhlt haben und ein Integrationsgesetz, das die Integration von Flüchtlingen erschweren wird. (…)
In Deutschland bestimmen politische Vorgaben und schlechte Managemententscheidungen über das Schicksal von Schutzsuchenden. Die Folgen treten immer deutlicher zutage. Beim Ablauf der Asylverfahren und der Feststellung der Schutzbedürftigkeit lassen sich immer mehr Fehlentwicklungen feststellen. Zunehmend wird Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan, Irak und Eritrea asylrechtlicher Schutz verweigert. Das sind seit mehr als einem Jahr die zentralen Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge. Zwei Strategien fallen auf: Zum einen der drastische Rückgang der hohen Anerkennungsquote, zum anderen die zunehmende Verweigerung der Erteilung des Flüchtlingsschutzes nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK).

Quelle: Pro Asyl

c. **Behörde schiebt Minderjährige ab**
Eine 15-jährige Albanerin ist aus Niedersachsen abgeschoben worden. Weder ihre Pflegeeltern noch das Jugendamt wurden informiert.
Kinderschutz geht vor ausländerrechtliche Bestimmungen – eigentlich. Im Fall der 15-jährigen Kejti spielte der Kinderschutz offenbar keine so große Rolle: Die Ausländerbehörde des Landkreises Wesermarsch in Niedersachsen schob das Mädchen nach Albanien ab, ohne, wie in solchen Fällen vorgeschrieben, das Jugendamt zu informieren.
Auch die Pflegefamilie, bei der Kejti seit einiger Zeit lebte, wurde nicht informiert. Die 15-Jährige hatte zudem einen Ausbildungsplatz als medizinische Fachkraft in Aussicht und eine Duldung zu Ausbildungszwecken beantragt. Die Behörde schob sie trotzdem ab.
Der Fall ist mittlerweile beim Oberverwaltungsgericht gelandet – ein Anwalt der Pflegefamilie hatte Beschwerde gegen die Abschiebung eingereicht. Das Oberverwaltungsgericht wies diese zurück – der Ausbildungsvertrag sei zu spät gekommen, heißt es sinngemäß. Zu dem Zeitpunkt, als die Abschiebung eingeleitet worden sei, habe die Ausländerbehörde nichts von dem Ausbildungsplatz gewusst.
„Das ist eine glatte Lüge“, sagt Kejtis Pflegevater Erwin Jahnke. Bei einem Termin beim Amtsgericht im Juli hatte die Richterin selbst in der Ausländerbehörde angerufen und den Sachbearbeiter über die Ausbildung informiert, die zum ersten August beginnen sollte. Es fehlten nur die Arbeitserlaubnis der Ausländerbehörde und die Duldung zu Ausbildungszwecken.
(…)
Was weder Kejti noch ihre Pflegeeltern oder das Jugendamt wussten, war, dass es bereits einen Erlass des niedersächsischen Innenministeriums gab, der die Ausländerbehörden anweist, schon vor Inkrafttreten des Integrationsgesetzes so zu entscheiden, als gelte dieses bereits.
Quelle: taz

Anmerkung Christian Reimann: *Damit dürfte auch klar sein, dass die SPD – Niedersachsen ist SPD-regiert – genauso hart gegen Migranten vorgeht wie die Unionsparteien es fordern. Ist im konkreten Fall durch so ein Vorgehen der Minderjährigen oder dem Land Niedersachsen geholfen oder wird nicht doch eher ein großer Schaden durch diese Abschiebung angerichtet?*

2. **Merkel: “Deutschland wird Deutschland bleiben”**

Ein Jahr nach ihrem viel zitierten Ausspruch “Wir schaffen das” hat Bundeskanzlerin Angela Merkel im Umgang mit der Flüchtlingsbewegung nach Europa deutliche Selbstkritik geübt und Versäumnisse eingestanden. “Auch wir Deutschen haben das Problem zu lange ignoriert”, sagte Merkel der Süddeutschen Zeitung. “Schon 2004 und 2005 kamen viele Flüchtlinge, und wir haben es Spanien und anderen an den Außengrenzen überlassen, damit umzugehen.”
Quelle: Süddeutsche

dazu: Merkels Mea Culpa – und was fehlt
Man habe Spanien und andere Südländer zu lange mit den Flüchtlings-Problem allein gelassen, räumt Merkel ein. Auch habe sich Deutschland zu lange gegen gemeinsamen Grenzschutz gesträubt. Wohl wahr! Noch Anfang 2015 vertrat Merkel die Auffassung, die Krise im Mittelmeer ginge sie nichts an, Deutschland sichere seine Grenzen an den Flughäfen, die anderen sollten ihre “Hausaufgaben” machen.
Quelle: Eric Bonse auf Lost in Europe

dazu auch: “Wir schaffen das”? Leichtes Spiel für Merkel
An ihrem Satz “Wir schaffen das” arbeiten sich Gegner und Kritiker ab. Nun hat die SZ in einem längeren Interview die Kanzlerin nochmals damit konfrontiert. Der Satz wurde in seine einzelnen Bestandteile zerlegt – wer ist mit “wir” gemeint, was heißt “schaffen”, wie soll das gehen, was bedeutet “das”? -, die Regierungschefin antwortete ausführlich. Das Fazit des Interviews kann man vorwegnehmen, es wird von der Printausgabe der SZ selbst in einem ergänzenden Erklärtext (“Flüchtlingskrise im Sommer 2015”) zum Interview beigesteuert und es ist alles andere als eine Überraschung:
Quelle: Telepolis

und: Polit-PR der Kanzlerin in der Flüchtlingsfrage
Wenn ein Politiker aktiv und engagiert gegen ein Projekt arbeitet und es letztlich schafft, dieses Projekt abzuschießen. Wenn der gleiche Politiker 15 Jahre später – inzwischen zum Bundeskanzler gewählt – und nachdem sich herausstellt, dass genau dieses Projekt dringend gebraucht worden wäre, treuherzig erklärt, dass „wir Deutsche das Problem zu lange ignoriert haben“. Nennt man ein solches Verhalten dann Vergesslichkeit, kaltschnäuzige Verlogenheit oder „versiertes Politmarketing“? Denn genau das ist es, was die Bundeskanzlerin derzeit praktiziert.
Quelle: Cives

3. **Anteil der unbefristet Beschäftigten nimmt ab**

Immer mehr Menschen finden in Deutschland eine Arbeit, davon haben aber immer weniger eine unbefristete Stelle. Besonders betroffen sind Berufseinsteiger unter 25 Jahren.
Während die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren gestiegen ist, sank der Anteil der unbefristet Beschäftigten im selben Zeitraum deutlich. Im Jahr 2015 habe es in Deutschland 33,5 Millionen Erwerbstätige gegeben – rund 2,5 Millionen mehr als im Jahr 1995, hieß es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Fraktion, aus der die Rheinische Post zitiert. Der Anteil der unbefristet Vollzeitbeschäftigten sei in diesen 20 Jahren aber von 74 Prozent auf nur noch 68 Prozent gesunken.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung André Tautenhahn: *Die Antwort der Bundesregierung zeigt, dass es falsch ist, von der steigenden Zahl der Erwerbstätigen auf eine gute Beschäftigungslage oder gar einen Job-Boom zu schließen. Die Antwort passt auch nicht zu den Arbeitgebern, die permanent über fehlende Fachkräfte jammern. Offensichtlich sind sie immer weniger bereit, sichere Job-Perspektiven gerade auch für junge Menschen anzubieten.*

dazu: In 10 Jahren werden 100.000 Elektroingenieure fehlen
Wie groß in Deutschland die Ingenieurslücke zu werden droht, zeigt eine neue Studie: 100.000 zusätzliche Elektroingenieure sind wegen der Digitalisierung in den kommenden zehn Jahren nötig. Wo sollen die nur alle herkommen?
Quelle: FAZ

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Das übliche Gejammere über den seit vielen Jahren, aber auf jeden Fall jetzt und ganz sicher in 10 Jahren unbedingt drohenden Fachkräftemangel – aufgrund einer interessegeleiteten, arbeitgeberfinanzierten Studie, die die Zahl offener Stellen in 10 Jahren exakt vorhersagen kann. Vermutlich, um mehr Schüler zu einem entsprechenden Studium zu bewegen und Druck auf die Politik auszuüben, die wenigen überhaupt noch bestehenden Zuwanderungsbeschränkungen auch noch aufzugeben. (Natürlich kann man "der Wirtschaft" nicht zumuten, ihre eigenen Aufgaben zu erledigen und u. a. endlich angemessene Gehälter zu zahlen sowie Ingenieure weiter- und Fachkräfte auszubilden.) Obwohl z. B. ähnliche Studien zur Demographie seit vielen Jahren eine schrumpfende Bevölkerung vorhersagen, die aber jetzt gewachsen ist. Dann muß es ja wahr sein…*

4. **Die Spaltung der Lohnabhängigen durch die Zurückdrängung der Kollektivverträge**
   Letzte Woche sorgte der Wirtschaftssprecher der FPÖ Bernhard Themessl für Aufmerksamkeit: In einem Interview forderte er die Zurückdrängung der kollektiven Verhandlungsmacht der Lohnabhängigen: „Warum halten wir in Österreich an Kollektivverträgen fest?“ Stattdessen sei es sinnvoller die Lohnverhandlungen auf die Betriebsebene zu verlagern und bei Bedarf auch länger als zwölf Stunden arbeiten zu lassen. Den Hintergrund dieser Vorschläge bildet die in den letzten Jahren autoritär durchgesetzte Vertiefung des Neoliberalismus in Europa: Um die Profite der Unternehmen zu steigern, gelang es grenzüberschreitenden „Reformbündnissen“ trotz massiver Proteste eine Schwächung der Kollektivvertragssysteme und weitgehende Einschnitte in das Arbeitsrecht durchzusetzen. Ein Modell für Österreich?
   Quelle: Blog Arbeit und Wirtschaft
5. **CETA und TTIP an Rhein und Ruhr**
   Die Studie beschreibt, wie sich die EU-Handelsabkommen mit Kanada und den USA konkret auf Nordrhein-Westfalen auswirken könnten. Während das Kanada-Abkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) vor der Ratifizierung steht, dauern die arg ins Stocken geratenen Verhandlungen über TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) offiziell noch an. […]
   Kürzungspolitik und Handelsliberalisierung gehen Hand in Hand. Während die Politik Länder und überschuldete Kommunen zu Privatisierungen drängt, sorgen die Handelsverträge dafür, dass Konzerne sich die Rosinen aus der öffentlichen Wirtschaft herauspicken dürfen. Eine Umkehr ist nicht vorgesehen. Rekommunalisierungen, Ausstieg aus Cross Border Leasing-Verträgen, Verbannung von Privatkliniken aus den Krankenhausplänen: All dies wird zum Risiko.
   Was CETA und TTIP damit insgesamt zur Disposition stellen, ist der erforderliche Handlungsspielraum, um auch auf Landes- und kommunaler Ebene das Allgemeinwohl gegenüber Konzerninteressen durchzusetzen. Die Politik bindet sich mit diesen Verträgen selbst die Hände und schadet damit der Demokratie.
   Noch können wir beide Abkommen stoppen, deshalb eine Bitte: Sprechen Sie mit Ihren NachbarInnen, FreundInnen, ArbeitskollegInnen und Bekannten über die Studie und verbreiten sie gern weiter. Denn nur wenn die Menschen gut informiert sind, sind wir stark genug, um TTIP und CETA zu verhindern.
   Quelle: Fabio de Masi (MdEP)

   Anmerkung unseres Lesers C.B.: *Was droht Nordrhein-Westfalen und seinen Kommunen durch die transatlantischen Handelsabkommen? Pünktlich zur Volksinitiative in NRW gegen TTIP und CETA veröffentlicht die Delegation DIE LINKE.*

im Europaparlament eine Studie des Handelsexperten Thomas Fritz. Darin wird anschaulich und konkret auf die möglichen Auswirkungen der Abkommen für das Bundesland und die Kommunen eingegangen. Diese umfassende Studie ist auch für andere Bundesländer relevant. Insbesondere zur Mobilisierung für die Groß-Demos am 17.09. und vor dem Hintergrund, dass Sigmar Gabriel und einige in der SPD versuchen, CETA als etwas vollkommen anderes als TTIP darzustellen und so durchzudrücken. Doch die Analyse von Thomas Fritz in der Studie zeigt kenntnisreich auf, dass CETA nicht wirklich anders ist und deshalb ebenfalls gestoppt werden muss.

dazu: Massenklage gegen Freihandelsabkommen: 125.000 Mal "Nein" zu CETA
Das CETA-Freihandelsabkommen der EU mit Kanada landet vor dem Bundesverfassungsgericht. Mehr als 125.000 Gegner reichten Verfassungsbeschwerde ein. Sie fürchten, dass CETA den Weg für das umstrittene TTIP-Abkommen mit den USA bereiten könnte.
Mehr als 125.000 Unterschriften gegen das CETA-Freihandelsabkommen der EU mit Kanada hat die Initiative "Nein zu Ceta" gesammelt und damit Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Die Initiatoren sprachen von der größten Bürgerklage in der Geschichte der Bundesrepublik.
Darüber hinaus beantragten die CETA-Gegner eine Einstweilige Anordnung, mit der eine vorläufige Anwendung des Abkommens vor Abschluss der Ratifizierung in den nationalen Parlamenten der EU verhindert werden soll.
Quelle: Tagesschau

6. **Steuernachforderungen an Apple: Pyrrhus-Sieg für Europa**
   Die EU-Kommission hält in Irland gewährte Steuervergünstigungen für Apple für unzulässig – und will von dem US-Konzern 13 Milliarden Euro haben. Sollte sich die EU durchsetzen, könnte es ein Pyrrhus-Sieg für Europa werden, meint Klemens Kindermann.
   So integer, so plausibel ihr Vorstoß ist: EU-Kommissarin Margrethe Vestager hat mit ihrer Entscheidung mehr Schaden angerichtet als Wirkung erzielt. Niemand wird ihr den Titel der Jeanne d'Arc der Steuerehrlichkeit nehmen wollen: Dass ein Konzern wie Apple in Irland am Ende effektiv nur noch 0,005 Prozent Körperschaftsteuer entrichtet, ist keinem normalen Steuerzahler in der EU zu vermitteln. Schuld hat hier allerdings nicht Apple, sondern die EU, genauer: haben die EU-Staaten selbst. Sie lassen zu, dass US-Konzerne die nationalen Steuersysteme ausnutzen.
   Quelle: Deutschlandradio Kultur

dazu: Einen einzigen faulen Apfel auszusortieren reicht nicht
Die EU-Kommission hat heute entschieden, dass Apple 13 Milliarden Euro an unzulässigen Steuervergünstigungen an Irland zurückzahlen muss. „Die EU-Kommission hat zwar einen faulen Apfel angepackt, doch das gesamte System internationaler Besteuerung ist weiterhin faul und löchrig. Solange die Regierungen in diesem System die Komplizen der Konzerne bleiben, werden diese ihre Steuertricks auf Kosten der Allgemeinheit fortführen. Die Regierungen müssen sich daher endlich von der Ideologie der ruinösen Steuerkonkurrenz verabschieden“, erklärt David Walch von Attac Österreich.
Quelle: attac Österreich

7. **G-20-Gipfel in China Schäubles globaler Finanzsteuer droht ein jähes Ende**
Auf dem G-20-Gipfel in Hangzhou erwartet die Deutschen Widerstand. Doch die Hoffnung auf mehr Transparenz in der Steuerpolitik bleibt.
Der jüngste Vorstoß von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), auf globaler Ebene eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, erfährt einen herben Dämpfer. Auf Unterstützung der Staats- und Regierungschefs der zwanzig wichtigsten Wirtschaftsnationen (G 20) kann der Deutsche offenbar nicht bauen. Ein Bekenntnis dazu sei im Abschlusskommuniqué nicht zu erwarten, hieß es am Dienstag selbst in deutschen Regierungskreisen. Ende Juli hatte Schäuble auf dem Treffen mit seinen G-20-Amtskollegen überraschend für die parallele Einführung der Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte in den wichtigsten Finanzzentren der Welt geworben, obwohl zuvor alle Anläufe zu einem abgestimmten Vorgehen auf diesem Feld gescheitert waren.
Quelle: FAZ

Anmerkung unseres Lesers U.D.: *Schäuble war immer gegen eine Finanzaktionssteuer und hatte seine Forderung nach einer globalen Lösung im Bewusstsein erhoben, dass sich diese nie global durchsetzen lässt. Er schweigt auch zur Steuervermeidungsstrategie internationaler Konzerne, an der er indirekt mit wohlwollendem Schweigen mitgewirkt hatte. Diese schwarze Null hat ganz andere Ziele: Die neoliberalen Vorgaben in der EU umzusetzen, auch wenn ganzen Generationen jede Hoffnung genommen und die Altersarmut der Normalfall wird.*

8. **Geldhaus in der Krise: Deutsche-Bank-Chef Cryan ruft um Hilfe**
Milliardenverluste, der Aktienkurs abgestürzt: Die Deutsche Bank steckt tief in der Krise. Nun ruft Vorstandschef John Cryan Politik und Notenbanker zu Hilfe. Investoren dagegen hoffen auf eine Fusion mit der Commerzbank.

Quelle: Spiegel Online

Anmerkung JK: *Eigentlich ohne Worte. Die Banker haben einfach dort weiter gemacht, wo sie nach der letzten Finanzkrise aufgehört haben. Nun steckt der Karren wieder im Dreck und Allgemeinheit und Politik sollen es wieder richten, nach dem Motto: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren. Wobei klar sein sollte, dass Cryan auch nur im Auftrag der Reichen und Superreichen handelt, deren Vermögen es letztendlich zu sichern gilt.*

9. **Perfides Konzept: Kombiniert Abschaffung des Bargelds mit Verlustbeteilung durch alle Konteninhaber**
   Jackson Hole, ein Kurort in den Rocky Mountains, ist von beeindruckender Schönheit. Durchaus vergleichbar mit Davos, dem Urlaubsparadies in den Schweizer Bergen. Die beiden Orte verbindet jedoch nicht nur die spektakuläre Bergkulisse. Beide sind auch Ort einer alljährlich stattfindenden Tagung, auf der weitreichende politische Entscheidungen vorbereitet werden. In Jackson Hole treffen sich Entscheider aus den Notenbanken der führenden Wirtschaftsnationen mit Wissenschaftlern, vor allem solchen der führenden amerikanischen Universitäten. Das Thema ihres diesjährigen Treffens lautete: Entwurf eines belastbaren Rahmens für die Geldpolitik der Zukunft.
   Quelle: Cives
10. **Dobrindts »Konzernsprech« schon entlarvt**
    Der Untersuchungsausschuss des Bundestages zum Diesel-Abgasskandal hat noch gar nicht getagt und schon sind entscheidende Vorwürfe gegen Bundesverkehrsminister Dobrindt bestätigt. Er hat Informationen über erhöhte Abgaswerte seit Jahren ignoriert, er hat Ansagen der Mächtigen in der Automobilindustrie übernommen, ohne deren Wahrheitsgehalt zu überprüfen.
    Quelle: Die Linke
11. **Frames: Das Versäumnis der Progressiven**
    Fakten und rationale Argumente genügen nicht. Die öffentliche Meinung wird geprägt durch Frames und Metaphern, die eine bestimmte Realität in den Köpfen schaffen. Wer eine politische und wirtschaftliche Gegenrealität herausbilden will, braucht auch progressive Frames. Rationales Argumentieren ist eine wundervolle Errungenschaft. Der Austausch von Argumenten und Gegenargumenten, der sich seiner Voraussetzungen bewusst ist, Voraussetzungen hinterfragen kann, falsche Schlussfolgerungen erkennt und dazu in der Lage ist, zu neuen zu gelangen, ist nicht nur ein unverzichtbares Werkzeug in der Wissenschaft, sondern dient auch im Alltag als nützliches Mittel der Problemlösung und des Umgangs miteinander. Diese Herangehensweise an die Welt, die aus der Aufklärung heraus zur Grundlage der

politischen und gesellschaftlichen Ordnung werden sollte, hat jedoch ein großes Manko: Sie ist ein Ideal geblieben. Und allein am Beispiel des EU-Krisenmanagements drängt sich einem doch immer mehr der Ausdruck „Utopie“ auf. […]
Lakoff attestiert nun den progressiven Kräften in den USA, aber auch in Europa, dass sie es verpasst haben, eigene Frames zu verbreiten. Stattdessen glaubten sie an die Kraft der reinen Argumente und Fakten, mit denen sie die Frames des politischen Gegners zu widerlegen suchten. Für Lakoff ist dies ein Kardinalfehler. Durch diese Vorgehensweise werden die Frames der Kontrahenten jedes Mal erneut aktiviert und dadurch verstärkt. So erklärt sich auch der Titel des Lakoff‘schen Buchs „Don‘t Think of an Elephant“: Man kann nicht nicht an einen Elefanten denken, wenn man von ihm hört. Um also in Europa zu bleiben: Wer die „Sparpolitik“ der deutschen Regierung kritisiert, weil sie Arbeitslosigkeit auch in anderen Ländern hervorruft, sollte in jedem Falle von Kürzungspolitik sprechen und dabei möglichst einen passenden Frame mitliefern, der die Menschen dazu befähigt, auch ohne umfangreiches ökonomisches Hintergrundwissen die verheerenden und politisch herbeigeführten Konsequenzen zu verstehen.
Quelle: Makroskop

12. **In der Austeritätsfalle**
Die grün-schwarze Landesregierung setzt weiter auf eine Politik der Schuldenbremse. Doch ein ausgeglichener Haushalt bedeutet auch einen geschrumpften Staat. Die Folgen bekommen vor allem die Armen im Land zu spüren. Denn die sind auf bezahlbare öffentliche Güter zwingend angewiesen, so unser Autor.
Statt mit den Sozialdemokraten regieren die Grünen nun seit mehr als hundert Tagen mit der CDU. Mit ihr wollen die Grünen ihre Politik der Austerität, die restriktive Haushalts- und Finanzpolitik der Vergangenheit, fortsetzen. Die Selbstbeschreibung der Grünen und der CDU in ihrem Koalitionsvertrag als Abbild der “bürgerlichen Gesellschaft in ihrer ganzen Breite” ist insofern zutreffend. In der Durchsetzung der Austerität zulasten der abhängig Beschäftigten, Sozialtransferempfänger und des öffentlichen Sektors besteht der ideologische Kitt des neuen grün-schwarzen Bürgerblocks.
Grün-Schwarz stellt sich selbst ausdrücklich in die Tradition des Neoliberalismus, indem es sich mit “Demografie” und “Nachhaltigkeit” zwei seiner wichtigen Begründungszusammenhänge zu eigen macht und erklärt, “weder in finanzieller noch ökologischer Hinsicht auf Kosten unserer Kinder leben zu wollen”. Folgerichtig hat Grün-Schwarz erklärt, in den nächsten vier Jahren 1,8 Milliarden Euro einzusparen. Um ganz sicher zu gehen, soll die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert werden, was – aller grünen Beteiligungsrhetorik zum Trotz – der Selbstentmachtung des gerade demokratisch gewählten Landtags entspricht.

Quelle: Kontext: Wochenzeitung

13. **Kinderarmut in Berlin: Und warum tut keiner was?**
Jedes fünfte Kind in Berlin ist laut einem Bericht des Senats armutsgefährdet. Auch weil es nicht gelingt, Bildung und soziale Herkunft zu entkoppeln.
Kinder sind in Berlin überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen, und Bildung ist der Schlüssel zu sozialem Aufstieg. So steht es, grob zusammengefasst, im Armutsbericht der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, der am Dienstag veröffentlicht wurde. Demnach ist jedes fünfte Kind in Berlin armutsgefährdet. Ist der Bildungsabschluss später niedrig, erhöht sich die Armutsrisikoquote auf beinahe 30 Prozent – und steigt damit auf das Doppelte des Berliner Durchschnittswerts.
Die Zahlen sind nicht schön, neu sind sie indes nicht: Seit Jahren pendeln die Armutsrisikoquoten um diese Werte. Und seit Jahren weiß man: Bildung ist der Schlüsselmoment. Ein guter Schulabschluss entscheidet maßgeblich darüber, ob jemand später beim Jobcenter in der Schlange steht oder Einkäufe und Miete von einer Erwerbsarbeit allein bestreiten kann. „Nur über qualifizierte Schul- und Ausbildungsabschlüsse“, konstatiert der Bericht, „lässt sich ein Leben in Armut weitgehend vermeiden, und dies über alle Phasen des Erwachsenenlebens.“
Quelle: taz

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Aufstieg durch Bildung? Erstens gibt es angesichts der immer noch bestehenden Massenarbeitslosigkeit und der viel zu niedrigen Löhne in Deutschland dafür überhaupt keine Garantie. Die top-ausgebildete Ingenieurin wird vielleicht weiterhin mit 2.000 Euro brutto abgespeist, wenn sie überhaupt eine Stelle findet. Und zweitens sind die betroffenen Kinder bis zum Studium verhungert – die taz scheint die Armut einfach hinnehmen zu wollen, solange alle in die kostenlose Kita gehen dürfen. Gibt es dafür irgendeinen Grund? Richtig wäre genau die umgekehrte Reihenfolge: Armut bekämpfen durch höhere Löhne und bessere Sozialleistungen, von denen man auch als Familie leben kann. (Das heißt u. a. “Weg mit Hartz IV!”) Schaffung von mehr Stellen. Und als drittes, selbstverständlich auch sehr wichtig, bessere Bildung für alle und mehr Chancengleichheit. Aber eben in dieser Reihenfolge.*

14. **Der AfD Paroli bieten!**
Seit ihrem Parteitag 2015 driftet die AfD immer weiter nach rechts. Mehr und mehr setzt die Partei auf eine Politik der Angst und der rassistischen Ausgrenzung. Der Rechtsextremismus-Experte Fabian Virchow analysiert den Politikwechsel der Partei und beschreibt Gegenstrategien, mit denen demokratische Zivilgesellschaft und insbesondere die Gewerkschaften dem wachsenden Rechtspopulismus begegnen können.

In den letzten Wochen stand die AfD aus zwei Gründen im Rampenlicht: Vor laufenden Kameras lieferten sich die Parteispitzen Frauke Petry und Jörg Meuthen ein Scharmützel über die Frage, wer in der Partei das Sagen hat und wer die Partei in den Bundestagswahlkampf 2017 führen wird. Auslöser war die Spaltung der AfD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg. Die parteiinterne Debatte offenbarte gleichzeitig, dass, anders als von der Parteispitze behauptet, es in der AfD keine klaren Mehrheiten gegen Antisemitismus gibt. (…)
Die Schwächung der Gewerkschaften im Visier
Auf all diese Herausforderungen hat die AfD keine Antworten. Wirtschafts- und sozialpolitisch dominiert weiterhin eine marktradikale Sichtweise, die die Reichen entlasten und die Daseinsfürsorge weiter privatisieren will. Letzteres ginge zu Lasten derjenigen, die sich ökonomisch ohnehin in einer schwierigen Situation befinden. Und wenn in der Partei vereinzelt vom Mindestlohn gesprochen wird, ist dies lediglich ein falsches Aushängeschild einer angeblich „sozialen Seite“ der AfD. Für die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns haben die Gewerkschaften lange gekämpft; eine AfD war dazu nicht notwendig. Ziel der Partei ist es, die Gewerkschaften als solidarische Vertretung aller abhängig Beschäftigten zu schwächen. Das zeigen auch die Forderungen, die vom selbsternannten Arbeitnehmerflügel der AfD formuliert werden.
Quelle: Gegenblende

dazu: Jennifer Rostock – AfD
Am kommenden Sonntag, den 4. September, sind Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Auch in Berlin geht es bald wieder an die Wahlurnen.
Quelle: Jennifer Rostock via Facebook

15. **Zu guter Letzt: Bundesregierung: “Es hat nie massenhafte Überwachung gegeben!”**
Da kann man nur noch den Kopf schütteln:
“Es hat nie massenhafte Überwachung gegeben!”, klärt Steffen Seibert, Sprecher der Bundesregierung die neugierigen Bürger auf. Ein junger Mann wollte in der Bürger-BPK wissen, wie man sicherstellt, dass es keinen neuen NSA/BND-Skandal gibt und wir nicht alle massenhaft überwacht werden. Der Regierungssprecher will uns “da gerne die Besorgnis nehmen”… Realsatire!
Ausschnitt aus der Bürger-BPK mit den Regierungssprechern vom 28. August 2016
Quelle: Jung und naiv via YouTube